

Oberhausen: 775.000 Euro für Gutachter!

Von E. Noldus

Mitte April 2019 trafen sich der Duisburger Oberbürgermeister Link (SPD) und dessen Oberhausener Amtskollege Schranz (CDU), um medienwirksam auf die Altschulden ihrer Kommunen aufmerksam zu machen. Schranz erklärte:

„In Oberhausen haben wir uns zum dritten Mal einen ausgeglichenen Haushalt erkämpft, wegen der erdrückenden Altschulden bleibt uns trotzdem viel zu wenig Spielraum für dringend benötigte Investitionen. Der Bund muss endlich erkennen, dass wir nach jahrzehntelangen Kraftanstrengungen für andere Regionen nun selbst erhebliche Unterstützung benötigen.“

Schranz erläuterte weiter, daß Oberhausen „bis heute“ 391 Millionen Euro für den Aufbau Ost abgegeben habe. Wie in Duisburg auch kämen „in beiden Städten massive Ausgaben für Sozialleistungen und zuletzt auch erhebliche Aufwendungen für Flüchtlinge und Asylbewerber“ dazu, so laut WAZ vom 19. 4. 2019. Schranz sehe eine Altschulden-Hilfe als Voraussetzung dafür, um wieder viel stärker in die Bildung der Kinder investieren zu können.

Laut capital.de vom 7. 6. 2019 sanken die Gesamtschulden der 76 deutschen Großstädte (also über 100000 Einwohner) im Jahre 2017 um 1,7 Prozent auf 81,6 Milliarden Euro. Eine Studie der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY (Ernst & Young) machte dafür Städte vor allem in Bayern und Ostdeutschland als Ursache aus. Hingegen meldeten vor allem in Niedersachsen, Hessen und NRW viele Großstädte eine steigende Verschuldung. Die Liste der am höchsten verschuldeten Großstädte wird von NRW dominiert:

10 Moers, 9 Duisburg, 8 Remscheid, 6 Hagen, 2 Oberhausen und 1 Mülheim/Ruhr. Zu Oberhausen merkte capital.de an:

„2016 noch auf dem ersten Platz, hat sich die Verschuldung der 210.000-Einwohner-Stadt Oberhausen im Ruhrgebiet nun etwas gebessert. Die Pro-Kopf-Verschuldung sank von 9680 Euro auf 9663 Euro. Ursachen für den defizitären Haushalt sind unter anderem die hohen Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe und die hohe Arbeitslosigkeit.“

Nach diesen Zahlen hat Oberhausen 2,03 Milliarden Euro Schulden. Damit kann man die oben genannten 391 Millionen Euro besser einordnen, wobei zu beachten ist, daß der Aufbau Ost einen langen Zeitraum umfaßt und sich die Ausgaben entsprechend verteilen.

Anläßlich einer Sachverständigen-Anhörung im Landtag Anfang Juli erläuterte Stadtkämmerer Tsalastras (SPD), Oberhausen habe nach den Zechenschließungen und dem Verlust der Stahlindustrie fast 60.000 Industriearbeitsplätze verloren, was in geringen Steuereinnahmen und gestiegenen Soziallasten mündete (spd-oberhausen.de vom 5. 7. 2019).

Es mutet in diesem Zusammenhang äußerst kurios an, daß laut WAZ vom 22. 5. 2019 der Rat der Stadt Oberhausen mehrheitlich „mal eben“ 775000 Euro bereitstellte – gegen die Stimmen der FDP und der LINKEN. Mit dieser Summe sind die „voraussichtlichen“ Kosten für ein Gutachten, gestreckt auf vier Jahre, abgedeckt. Externe Gutachter sollen ein Konzept erstellen, welches folgende Punkte umfaßt:

Eine Erhöhung der Attraktivität der Neuen Mitte, eine zielgenaue Entwicklung des Stahlwerkgeländes, eine Analyse des Gewerbestandortes Lipperfeld und die Möglichkeiten ergänzender Wohnbauung auf dem ehemaligen Newag-Gelände.

Mit „zielgenauer Entwicklung des Stahlwerkgeländes“ wird die jahrelange Unfähigkeit der auch heute noch Regierenden in Oberhausen – in anderen Rollen – umschrieben, Spitzentechnologie nach Oberhausen zu holen, um produzierendes Gewerbe nachzuziehen. Genau dafür war das in den 1990er Jahren von der Stadt erworbene Stahlwerksgelände gedacht. Runkler (FDP) hat anlässlich der Bereitstellung der „vorläufigen“ (!) Mittel für das Gutachten nicht ganz zu Unrecht angemerkt:

„Eine solche Zusammenfassung verschiedener Gutachten ist eigentlich Aufgabe der Stadtverwaltung selbst. Wir sollten deren interne Expertise erhöhen, damit sie in der Lage ist, diese Aufgabe selbst zu erfüllen.“

Wir können von dieser Stelle nur dazu bemerken, daß die Bevölkerung die Zeche zahlt, wenn das Parteibuch die Schlüsselqualifikation bei der Besetzung hoher Verwaltungsstellen darstellt. Es ist an der Zeit, eine neue Partei ins Rathaus zu bringen, um dort eine Kontrollinstanz zu installieren, welche das Gebaren der Stadtverwaltung durchleuchtet. Wir möchten gerne wissen, wer die Gutachter sind und wer mit wem die Schulbank gedrückt hat, bis die Vergabe an die „Richtigen“ erfolgte.